

Mr. Halle vierteljährlich bei postmässiger Zustellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Saale-Beitung.

Zweihundertzestigster Jahrgang.

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Str. Ulrichstr. 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Kanonens-Expeditoren angenommen.

Das geheime Wahlrecht.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Im preussischen Abgeordnetenhaus hat am Dienstag der Staatsredner der Freisinnigen Volkspartei Abgeordneter Dr. Wiemer die Erklärung der preussischen Regierung in der Wahlrechtsfrage einer scharfen Kritik unterzogen und ausgeprochen, daß insbald die Erklärung als eine völlig unzureichende Antwort auf die Forderung einer gründlichen Reform des preussischen Wahlrechts und der Wahlrechts-einteilung zu erachten und daß sie formell höchst unglücklich gefaßt und besonders wegen der ungeschickten Form nicht als ein Entgegenkommen, sondern als eine Brückführung liberaler Forderungen anzusehen sei.

Man sagt, daß Herr v. Rheinbaben nicht ohne Einfluß auf die Fassung der Erklärung gewesen sei. Es verlautet auch, daß die vom Fürsten Bismarck ausgesprochene Ablehnung der geheimen Stimmabgabe auf das Verlangen der Konservativen in die Erklärung aufgenommen worden sei, die andererseits weiteres Entgegenkommen in Sachen der Entgegnungsurloge zugesagt hätten. Es ist bekannt, daß die Konservativen entschiedene Gegner der geheimen Abstimmung sind, aus Gründen, die sich leicht erkennen lassen. Die Konservativen, die sonst so gern sich auf den Fürsten Bismarck berufen, vergessen regelmäßig, daß die geheime Abstimmung sowohl für die Landtags- wie für die Reichstagswahlen vom Fürsten Bismarck beantragt worden war.

Es folgte der Verfassungsentwurf, der dem norddeutschen Reichstag vorgelegt wurde. Er sagte in Artikel 21: „Der Reichstag geht aus allgemeinen und direkten Wahlen hervor, welche bis zum Erlaß eines Reichswahlgesetzes nach Maßgabe des Gesetzes zu erfolgen haben, auf Grund dessen der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden ist.“

Wahlgesetz wie in den folgenden; niemals hat Fürst Bismarck die öffentliche Abstimmung im Bundesrat, im Reichstag, im Landtag beantragt. Die jetzige preussische Regierung leistet dem Andenken des großen Staatsmannes einen schlechten Dienst, wenn sie die von den Freisinnigen beantragte Einführung der geheimen Wahl rundweg ablehnt.

Deutsches Reich.

Ueber das Befinden des Großherzogs von Oldenburg, der seit einigen Tagen an Influenza erkrankt ist und auch dem Hofballe am Freitag nicht beigewohnt, ist gestern folgendes Bulletin ausgegeben worden: „Der Großherzog leidet seit dem 9. d. M. an den Folgen eines Infektionsanfalls. Er fühlt sich noch sehr matt und angegriffen und wird heute zum ersten Male das Bett verlassen.“

Der Abg. Naumann schreibt in dem schon erwähnten Artikel weiter: „Allen denen, die gegen den Bismarck anrennen, als sei es ein Kinderspiel, ihn zu Boden zu werfen, wiederhole ich jetzt in dieser ersten Lage anderer Parteien als meine persönliche Meinung, daß alle agitatorischen Parteiteile einer geänderten Situation die Nachteile nicht abwägen, die in der Veränderung liegen.“

Es ist noch nicht bekannt, ob der Reichstanzler die von den Sozialdemokraten im Reichstage eingebrachte Interpellation, welche fragt, aus welchen Gründen er die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf einen Bundesstaat als dem „Staatswohl nicht entsprechend“ bezeichnet habe und ob er die Konfignierung des Militärs am letzten Sonntag billige, beantworten wird oder nicht. Die „Deutsche Tageszeitung“ hält eine Antwort für ausgeschlossen und meint, der Reichstanzler würde damit die Verfassung und die Staatsgründliche verletzen.

Der Zentralvorstand der Freisinnigen Vereinigung mit dem „A. T.“ zufolge am nächsten Sonntag zusammentreten und dann eine außerordentliche Delegierten-Versammlung einberufen, die über die durch Fürst Bismarcks Abgabe geschaffene Lage beraten soll.

Pfarrer und Politik.

Pfarrer Grandinger hat als bayerischer Landtagsabgeordneter in einer Wählerversammlung in Gernersheim zu Gunsten der liberalen Kandidatur des Lehrers Cronauer gesprochen. Das Thema seiner Rede lautete: „Der Wert der politischen Wahrheit und das geistliche Kleid im politischen Kampfe.“ Am Schluß seiner Ausführungen betonte er, daß er ganz damit einverstanden sei, wenn den Geistlichen verboten würde, sich mit der politischen Agitation und dem Parlamentarismus zu beschäftigen. Er habe seinem Bischof geschrieben: „Wenn in der Kammerrede in München einmal das geistliche Armeekorps ausgeht, so ziehe ich mit Vergnügen hinterdrein. Aber die Herren müssen es vormachen, die waren eher im Landtage als ich.“

v. Mähfberg beim Papst.

Der preussische Gesandte beim Papst, v. Mähfberg, wurde gestern vom Papste in feierlicher Audienz empfangen. In seiner Ansprache betonte der Gesandte den Wert, den seine Regierung auf gute Beziehungen zur Kurie lege und drückte die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen möge, diese zu erhalten und zu fördern. Nach einer längeren Unterhaltung des Papstes mit dem Gesandten endete die Audienz.

Frauen und Gemeindefrauenrecht.

Das Oberverwaltungsgericht hat in der Frage der Zulassung der Frauen zum Gemeindefrauenrecht in Preußen seine Entscheidung gefällt. Die Berufungen, die Frau Minna Casner und zwei andere Frauen in Biegnitz und Danzig gegen die ablehnenden Urteile der Bezirksauschüsse eingelegt hatten und die in einem gemeinsamen Verfahren vor Rechtsanwält Dr. Rosenberger vor dem Oberverwaltungsgericht vertreten wurden, sind zurückgewiesen worden. Das Gericht gab in der sehr ausführlichen Begründung zu, daß der Wortlaut der gesetzlichen Bestimmungen wohl die Möglichkeit der Ausübung des Wahlrechts auch durch Frauen zulasse, allein das Gesetz mache nirgends zwischen aktiver und passiver Wahlfähigkeit einen Unterschied, so daß die Frauen, da sie nicht gewählt werden können, auch nicht wählen dürfen.

Bebel über den sozialdemokratischen Wahlterrorismus.

Die Herr Bebel über den sinnlosen Wahlrechtssturm der Sozialdemokratie deut, gab der Abg. Goethen in Berlin

zum Besten in einer öffentlichen Volksversammlung der Nationalliberalen. Am Abend des Tages, an dem von der Regierung der freisinnigen Wahlrechtsantrag beantwortet wurde, hielt nämlich Herr Goethen folgende Bemerkung in seinem Vortrag:

„Heute sprach mich im Reichstage Kollege Bebel an. Er sagte, daß er vom Landtage weitläufiger erwartet habe, daß man das geheime Wahlrecht gewähre, denn im Norden und Osten von Berlin seien ja der kleine Bäder und Fleischer durch das bestehende Wahlrecht gezwungen, sozialdemokratisch zu wählen. Und diese Leute seien doch gar keine Sozialdemokraten!“

Was wird die Sozialdemokratie zu diesem Befinden Bebel's sagen? Vom Wahlterrorismus spricht die Sozialdemokratie doch nur im bürgerlichen Lager, während ihn Bebel mit gutem Grunde zum Küstzeug der Sozialdemokraten zu rechnen scheint.

Weitere Demonstrationen.

Die sozialdemokratische Partei in Berlin hatte für Dienstag abend bekanntlich einen außerordentlichen „Zahlabend“ angelegt, in dem etwa 600 „Zahlstullen“ ziemlich rege besucht waren. Es handelte sich darum, namentlich der Partei genügendes Material für die Reichstagserei und für die geplante Interpellation im Eidstunde zu schaffen. Die nächste Wahlrechtsdemonstration sollte anläßlich des 18. März stattfinden, wird jedoch, da der 18. März auf einen Mittwoch fällt, an dem vorhergehenden Sonntag vorgenommen werden. Außerdem wird für die nächste Zeit eine Demonstration der Arbeitslosen geplant, in die verschiedenen Massenveranstaltungen zum Ausdruck kommen soll. Mit diesen Arbeitslosenveranstaltungen sind jedoch den Sozialdemokraten die Arbeiter in unzuorgewohnt, denn bereits in den nächsten Tagen findet eine von den Anarchisten einberufene Versammlung statt, in welcher der bekannte anarchoistische Agitator Kniekebt sprechen wird.

Lebebour an der einjamen Pappel.

Den Führern der Sozialdemokratie ist teilweise Unrecht geschehen. Man hat gesagt, sie seien vorzüglich am Sonntag zu Hause geblieben und hätten nur die Genossenherde vor die Polizeijägel gehetzt. Herr Lebebour demonstrierte mit. Allerdings wählte er sich dazu einen Platz, wo nicht allzuviel Polizeijägel vorrätig gewesen sein werden. Man liest darüber im „Vorwärts“:

Demonstranten an der einjamen Pappel. Zu einer eindrucksvollen Demonstration kam es nach Schluß der Versammlung in der Schönhauser Vorstadt. Eine unabsehbare Menschenmenge zog unter der Abführung von Arbeiterliedern und unter Hofs auf das allgemeine Wahlrecht die Schönhauler Allee hinauf, ein paar Tausend schwenkten unter den Ruf „Zum Reichstag!“ in die Oberberger Straße ein. Von der Schwedterstraße aus strömte die Menge durch einen breiten Eingang auf den weiten Platz und stapfte dann durch den tiefen Schnee bis nach der „einjamen Pappel“. Dort wurde Halt gemacht. Genosse Lebebour wurde unter der Pappel auf die Schulter eines stämmigen Genossen gehoben und hielt von dort aus folgende Ansprache: Genossinnen und Genossen! In dieser historischen Stelle hat am Sonntag, 22. März 1848 nach dem Siege des Volkes die erste öffentliche Volksversammlung stattgefunden, in der in mehrstündiger Besprechung die Arbeiter Berlins ihre Forderungen formuliert haben. An dieser historischen Stelle wollen wir im Andenken an jene große Zeit das Gelübnis abgeben, daß wir mit aller Kraft für die Erziehung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für Männer und Frauen auch in Preußen wirken wollen. Geloben Sie das mit mir, indem Sie einstimmen in den Ruf: Die internationale, die völkervereinende, auch Preußen befreiende Sozialdemokratie lebe hoch!

Dieser Vortrag erfüllte, wie der „Vorwärts“ hinausläßt, die Genossen mit großer Begeisterung. Vielesicht lassen sich das, bemerkt die „Köln. Ztg.“, auch die Führer anderer Kohorten gelangt sein, wenn abfolur einmal wieder demonstriert werden muß. Auf diese Weise haben sie ihre Begeisterung, und es geschieht niemandem etwas zu Leib.

Seeer und Flotte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine, Admiral Fischel, hat seinen Abschied eingereicht. Sein Nachfolger wird Admiral v. Baumbach sein.

Der langjährige Chefarzt des deutschen Marinekorps in Potohama, Marineoberarzt Dr. Matthiolius ist heimberufen und zu seinem Nachfolger der Marineoberarzt Dr. Scholz ernannt worden.

Allgemeine Mitteilungen.

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ zufolge sind für die am 20. April b. J. in London zusammentretende internationale Telegraphenkonferenz als deutsche Vertreter in Aussicht genommen: der Unterstaatssekretär im Reichspostamt Spöhr, der Geheimere Oberpostamt Köhler und der königl. bayerische Oberpostamt Probst. In ihrer Begleitung wird sich der Oberpostpraktikant Barkhausen befinden.

Aus deutschen Parlamenten.

Die Budgetkommission des Reichstages legte gestern die Beratung des Militäretats fort und genehmigte



ihnen Weibchen erfolgt sei, und das sei nicht der Fall. Der Junge ...

Ich mehr als eine Braut den ehemaligen Bräutigam bei der ...

Wie viel Millionen werden von den polnischen und russischen ...

Aus dem Vorkreis. Ein unerforschtes Dokument.

Die unter dieser Ueberschrift erschienenen Mitteilungen in der ...

Ausland.

Die Ereignisse in Marocco.

Die „Kön. Stg.“ läßt sich aus Tanger melden: Der hiesige ...

Das Blutbad in Dragoslavie.

Wie die amtliche, von Konstantinopel aus eingeleitete ...

Die Kongostaatsdebatte in Belgien.

Die heftige Ministerialklärung bezüglich der Kongovorlage ...

Halle und Umgebung.

Halle, 16. Januar.

Stadttheater. Heute singt in der „Waffäre“ Herr ...

Zur die Direktion der Straßenbahn scheint es, wie Herr D. S. ...

Betrachtungen eines halleischen Steuerjägers an der Jahreswende 1908.

Wohl mancher, der seine Steuererklärung jetzt gemacht hat ...

Die Mittelschulen u. v. werden als Falsch erkauf. Mit dem ...

Was braucht Halle ein halleisches Schwimmbad, das uns nicht ...

Die Armenfürsorge in den großen Städten wird eine immer ...

Wie nun ferner geht Halle als eine Stadt mit stiftigen ...

Wie die Richtung der Straßenbahn scheint es, wie Herr D. S. ...

Eine vierte Volkstanztheil.

Unter der Ueberschrift „Volkstanztheil in Halle“ brachte die ...

K. F.

Gerichtsverhandlungen.

Strassammer.

Halle, 15. Jan.

„Der verdammte Schnaps“.

Drei Arbeiter im Alter von 20-30 Jahren, Reichardt, ...

Kriegsgericht der 8. Division.

Halle a. S., 15. Jan.

Aus Eiferfucht.

Der Musiker Valentin Kasowski aus Cransburg, jetzt ...

Ein schlechter Kamerad.

Der Reichsrath Jüllich aus dem Landwehrbezirk Halle hatte ...

Provinzial-Nachrichten.

§ Nietenleben, 15. Jan. (Lehrerfeste.) In Stelle ...



Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for Eisenbahn-Stamm-Aktien, Deutsche Hypoth.-Forderungen, and various industrial stocks.

